



Auszubildende in Leipzig

SEBASTIAN WILLNOW / DPA

KOALITIONSVERTRAG

Mindestlohn – für fast alle

Die Einigung der angehenden Koalition auf einen flächendeckenden Mindestlohn verunsichert die Wirtschaft. So wollen Verbandsvertreter geklärt wissen, ob die geplante Lohnunter-

grenze von 8,50 Euro auch für Auszubildende gilt. Union und SPD hatten sich in der zuständigen Arbeitsgruppe ursprünglich auf einen Passus verständigt, nach dem der Mindestlohn nicht

an Lehrlinge gezahlt werden soll. Diesen Absatz hatten sie aber aus der letzten Fassung des Koalitionsvertrages gestrichen. „Die Unternehmen planen derzeit schon das nächste Ausbildungsjahr und brauchen deshalb schnell entsprechende Rechtssicherheit“, sagt Stefan Genth, Hauptgeschäftsführer des Handelsverbandes HDE. Bislang können sich die Unternehmen nur auf die Aussage einzelner Abgeordneter von Union und SPD berufen. Nach deren Interpretation sollten Lehrlinge von der Regelung ausgenommen werden. Umstritten ist in der Koalition, ob es weitere Ausnahmen für Jugendliche geben wird. „Es ist beispielsweise eine Überlegung wert, ob der Mindestlohn auch für unter 25-Jährige gelten soll“, sagt Peter Weiß, der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Fraktion. „Alle Ausnahmen, die der Mindestlohn nötig macht, müssen wir im Gesetzgebungsverfahren klären.“ Daher schreibe der Koalitionsvertrag fest, dass das Gesetz gemeinsam mit Arbeitgebern und Gewerkschaften erarbeitet werden und mögliche Probleme berücksichtigen soll.

In der vergangenen Woche erhielten widerspenstige Sozialdemokraten Anrufe von einer Nummer der Berliner Parteizentrale. Sie wurden aufgefordert, ihren Widerstand gegen die Große Koalition aufzugeben und einfach mal beherzt ja zu sagen – und sei's zum ersten Mal. Andernfalls, drohte der Anrufer, werde es nichts mit einer Karriere in der SPD. Offenbar ist die SPD-Führung in diesem Falle unschuldig. Nachdem sich ein angerufener Genosse beschwert und Generalsekretärin Andrea Nahles die Polizei eingeschaltet hatte, übernahm ein gewisses „Kommando Gerhard Schröder“ in einem Bekennerschreiben die Verantwortung für die Aktion. Das macht die Sache interessant.

Natürlich ist die Idee von „Kommandos“ in der deutschen Geschichte mit den Jahren ein wenig in Verruf geraten, und natürlich klingt es erst mal fies, wenn idealistische Jusos oder andere von inneren Überzeugungen gehemmte Sozialdemokraten telefonisch unter Druck gesetzt werden. Die Grundidee aber hat Charme. Beherzt fortgeführt, könnte sie helfen, dieser aufmüpfigen Vereinigung nach 150 Jahren innerparteilicher Meinungsfreiheit endlich so etwas wie Disziplin zu verpassen. Es kann ja nicht angehen, dass Parteimitglieder ihrer Führung ständig die Gefolgschaft verweigern, nur weil sie eine andere Meinung haben. Die Mitglieder von CDU und CSU haben das längst begriffen und verzichteten auf solchen Mumpitz. Der deutsche Wähler weiß das zu schätzen. Das „Kommando Gerhard Schröder“ könnte ein Anfang

sein. Der Name ist jedenfalls gut gewählt. Kaum jemand hat unter der Widerspenstigkeit des gemeinen Genossen stärker gelitten als der frühere Kanzler, dessen Agenda-Reformen viele Sozialdemokraten bis heute die Gefolgschaft verweigern. Das Kommando kämpft somit auch für die Befreiung der SPD von ihrem schlechten Gewissen, was ebenfalls dienstvoll ist, denn ohne Gewissen lebt es sich leichter.

Vermutlich aber ist ein einzelnes Kommando zu wenig, um echte Genossen endlich zu Vernunft, Disziplin und marktkonformen Überzeugungen zu verleiten. Es brauchte mehr Drohanrufe, es brauchte beherzte Nachahmer. Denkbar wäre ein „Kommando Wolfgang Clement“ mit der Forderung, endlich den Widerstand gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse aufzugeben, getreu dem alten Clement-Motto: Mehr Bangladesch wagen! Am Ende des Telefonats dürfte der Hinweis nicht fehlen, dass Clement jederzeit wieder in die SPD eintreten könne.

Hilfreich wäre zudem ein „Kommando Franz Müntefering“ mit dem Auftrag, den Widerstand gegen eine demografiekonforme Rentenpolitik zu brechen und die Rente mit 76 salonfähig zu machen. Das Bekennerschreiben ließe sich stilecht mit dem Modell von Münteferings alter Reiseschreibmaschine tippen. Als letzte Eskalationsstufe könnte dann das „Kommando Peer Steinbrück“ aktiv werden. Dessen Drohung würde jeden Genossen zur Raison bringen: eine erneute Kanzlerkandidatur des Namensgebers. *Markus Feldenkirchen*

TREIBHAUS BERLIN

Kommando Müntefering

